

Satzung des Kirschenpflücker e.V.

§ 1 Name

Der Verein trägt den Namen **Kirschenpflücker**. Er soll in das Vereinsregister eingetragen werden. Nach der Eintragung lautet der Name **Kirschenpflücker e.V.**

§ 2 Sitz und Geschäftsjahr

1. Der Verein hat seinen Sitz in Köln.
2. Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.

§ 3 Zweck des Vereins.

1. Der Verein verfolgt den Zweck der Förderung von Kunst und Kultur.
2. Er verwirklicht seinen Vereinszweck insbesondere durch folgende Maßnahmen:
 - Schaffung und Unterhaltung einer Begegnungsstätte für Künstler, kunstinteressierte Personen und Unternehmen
 - Organisation und Veranstaltung von Ausstellungen, Vortragsveranstaltungen, Atelierbesuchen, Kunstreisen und ähnlichen Veranstaltungen
 - Unterstützung junger Künstler durch Stipendien, Seminare und andere Förderprogramme
 - Auslobung und Verleihung eines Kunstpreises
 - Herausgabe von Publikationen
3. Der Verein verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung. Er ist selbstlos tätig und verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Ziele.
4. Die Mittel des Vereins dürfen nur für satzungsmäßige Zwecke verwendet werden. Die Mitglieder erhalten in ihrer Eigenschaft als Mitglieder keine Zuwendungen aus Mitteln des Vereins. Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck des Vereins fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.

§ 4 Erwerb der Mitgliedschaft

1. Der Verein hat einfache Mitglieder, Ehrenmitglieder und Fördermitglieder.
2. Mitglied des Vereins kann jede natürliche und juristische Person sowie Personenvereinigungen werden.
3. Ehrenmitglieder werden von der Mitgliederversammlung auf Vorschlag des Vorstandes gewählt.
4. Als Fördermitglied wird geführt, wer dem Verein im Jahr eine Spende zukommen lässt, die mindestens dem bei ihrer Aufnahme in den Verein vereinbarten Förderbeitrag entspricht.
5. Über den schriftlichen Aufnahmeantrag entscheidet der Vorstand auf Vorschlag von zwei Mitgliedern, die jeweils seit mindestens 12 Monaten Mitglieder des Vereins sind.

Der Antrag soll den Namen und die Anschrift des Antragstellers enthalten. Er ist von dem Antragssteller sowie den vorschlagenden Mitgliedern zu unterzeichnen.

§ 5 Beendigung der Mitgliedschaft

1. Die Mitgliedschaft endet durch den Austritt, Ausschluss oder Tod des Mitglieds.
2. Der Austritt ist gegenüber dem Vorstand schriftlich zu erklären. Er ist unter Einhaltung einer Frist von einem Monat und nur zum Schluss eines Geschäftsjahres zulässig.
Ein Mitglied kann durch Beschluss des Vorstands aus dem Verein ausgeschlossen werden,
 - a) wenn es gegen die Vereinsinteressen gröblich verstoßen hat,
 - b) wegen einer schwerwiegenden Verletzung seiner satzungsmäßigen Pflichten oder
 - c) aus einem anderen wichtigen Grund.
3. Vor der Beschlussfassung durch den Vorstand ist dem Mitglied unter Setzung einer angemessenen Frist Gelegenheit zu geben, persönlich vor dem Vorstand oder schriftlich Stellung zu nehmen.
4. Ein Mitglied kann auch dann ausgeschlossen werden, wenn es trotz zweimaliger schriftlicher Mahnung durch den Vorstand mit der Zahlung des Mitgliedsbeitrags im Rückstand ist. Der Ausschluss kann durch den Vorstand erst beschlossen werden, wenn seit Absendung des zweiten Mahnschreibens, das den Hinweis auf den Ausschluss zu enthalten hat, zwei Monate vergangen sind. Der Ausschluss ist dem Mitglied schriftlich mitzuteilen.

§ 6 Mitgliedsbeiträge

Von den Mitgliedern werden Jahresbeiträge erhoben. Die Höhe des Jahresbeitrags und dessen Fälligkeit werden vom Vorstand im Rahmen einer Beitragsordnung durch Beschluss bestimmt. Durch Beschluss des Vorstandes kann auch eine Aufnahmegebühr erhoben werden.

§ 7 Rechte und Pflichten

1. Jedes Mitglied kann Anträge zur Mitgliederversammlung stellen, wählen und gewählt werden.
2. Mitglieder sind - vorbehaltlich der Verfügbarkeit und eines etwaigen Kostenbeitrags im Einzelfall - berechtigt, an den Veranstaltungen des Vereins teilzunehmen.
3. Die Mitglieder sind verpflichtet, sich nach der Satzung und den weiteren Ordnungen des Vereins zu verhalten und die Mitgliedsbeiträge zu entrichten. Alle Mitglieder sind gegenüber dem Verein und seinen Mitgliedern zu gegenseitiger Rücksichtnahme und zur Einhaltung gemeinsamer Wertvorstellungen verpflichtet.

§ 8 Organe

Die Organe des Vereins sind der Vorstand, die Mitgliederversammlung, der künstlerische Beirat sowie das Kuratorium.

§ 9 Vorstand

1. Der Vorstand besteht aus mindestens drei, höchstens neun Mitgliedern. Über die genaue Anzahl entscheidet die Mitgliederversammlung. Sie wählt in jedem Fall eine/n erste/n Vorsitzende/n sowie eine/n stellvertretende/n Vorsitzende/n.
2. Der Verein wird gerichtlich und außergerichtlich durch je zwei Vorstandsmitglieder gemeinsam vertreten.
3. Die Vereinigung mehrerer Vorstandsämter in einer Person ist unzulässig.
4. Der Vorstand führt die Geschäfte des Vereins und erledigt alle Verwaltungsaufgaben nach Maßgabe der Satzung und der Beschlüsse der Mitgliederversammlung, soweit sie nicht durch Gesetz oder Satzung einem anderen Vereinsorgan zugewiesen sind. Der Vorstand übernimmt insbesondere folgende Aufgaben:
 - a) Vorbereitung der Mitgliederversammlungen und Aufstellung der Tagesordnungen
 - b) Einberufung und Leitung der Mitgliederversammlung
 - c) Ausführung der Beschlüsse der Mitgliederversammlung
 - d) Festlegung des Programms und die Durchführung aller dem Vereinszweck dienenden Maßnahmen (§ 3 Ziffer 2)
 - e) Ernennung der Mitglieder des Beirates
 - f) Einsetzung eines Kuratoriums
 - g) Aufstellung des Haushaltsplanes für jedes Geschäftsjahr
 - h) Buchführung und Erstellung eines Jahresabschlussberichts
 - i) Abschluss und Kündigung von Dienst- und Arbeitsverträgen
 - j) Beschlussfassung über die Aufnahme und den Ausschluss von Mitgliedern
 - k) Festsetzung der Mitgliedsbeiträge und Aufnahmegebühren
5. Der Vorstand ist berechtigt, für bestimmte Zwecke Ausschüsse und Arbeitsgruppen einzusetzen und sich eine Geschäftsverteilung zu geben.

§ 10 Beschlussfassung des Vorstands

1. Der Vorstand fasst seine Beschlüsse in Vorstandssitzungen, die vom ersten Vorsitzenden, bei dessen Verhinderung vom stellvertretenden Vorsitzenden, in Textform einberufen werden. Die Einladung zu einer Vorstandssitzung erfolgt nach Ablauf einer Einberufungsfrist von drei Wochen unter Mitteilung der Tagesordnung.
2. Der Vorstand ist beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte der Vorstandsmitglieder anwesend ist. Bei der Beschlussfassung entscheidet die Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen. Bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des Leiters der Vorstandssitzung.

3. Die Vorstandssitzung leitet der/die erste Vorsitzende, bei dessen Verhinderung der/die stellvertretende Vorsitzende. Die Beschlüsse des Vorstands sind aus Beweisgründen schriftlich niederzulegen und vom Sitzungsleiter zu unterschreiben. Die Niederschrift soll Ort und Zeit der Vorstandssitzung, die Namen der Teilnehmer, die gefassten Beschlüsse und das Abstimmungsergebnis enthalten.
4. Ein Vorstandsbeschluss kann auch auf schriftlichem Wege und/oder im Umlaufverfahren gefasst werden, wenn alle Vorstandsmitglieder ihre Zustimmung zu der zu beschließenden Regelung erklären.

§ 11 Amtsdauer des Vorstands

Der erste (Gründungs-)Vorstand wird von der Mitgliederversammlung für die Dauer von drei Jahren gewählt. Die Amtsdauer der darauf folgenden Vorstände beträgt zwei Jahre.

Der amtierende Vorstand bleibt bis zur Neuwahl des Vorstands im Amt. Die Wiederwahl eines Vorstandsmitgliedes ist zulässig. Scheidet ein Mitglied des Vorstands während der Amtsperiode aus, so wählt der Vorstand ein Ersatzmitglied für die restliche Amtsdauer des Ausgeschiedenen.

§ 12 Mitgliederversammlung

Die ordentliche Mitgliederversammlung findet einmal jährlich statt.

§ 13 Zuständigkeit der Mitgliederversammlung

Die ordentliche Mitgliederversammlung ist insbesondere zuständig für

- a) Entgegennahme der Berichte des Vorstandes
- b) Wahl, Entlastung und Abberufung des Vorstands
- c) Genehmigung des Haushaltsplans
- d) Beschlussfassung über die Änderung der Satzung und über die Auflösung des Vereins

§ 14 Einberufung von Mitgliederversammlungen

1. Die Mitgliederversammlung ist mindestens drei Wochen vor dem Termin der Versammlung unter Angabe der Tagesordnung vom Vorstand einzuberufen. Der Fristablauf beginnt mit dem auf die Absendung der Einladungsschreiben folgenden Tag. Das Einladungsschreiben gilt dem Mitglied als zugegangen, wenn es an die dem Vorstand zuletzt in Textform bekannt gegebene Anschrift gerichtet wurde.
2. Anträge zur Mitgliederversammlung können vom Vorstand und von den Mitgliedern eingebracht werden.
3. Anträge auf Satzungsänderungen müssen unter Benennung des abzuändernden bzw. neu zufassenden Paragraphen im genauen Wortlaut mit der Einladung zur Mitgliederversammlung mitgeteilt werden.

§ 15 Nachträgliche Anträge zur Tagesordnung

1. Jedes Mitglied kann bis spätestens eine Woche vor dem Tag der Mitgliederversammlung beim Vorstand schriftlich beantragen, dass weitere Angelegenheiten auf die Tagesordnung gesetzt werden. Der Versammlungsleiter hat zu Beginn der Mitgliederversammlung die Tagesordnung entsprechend zu ergänzen. Eine nachträgliche Ergänzung der Tagesordnung hinsichtlich der Vorstandswahl und Satzungsänderungen ist nicht möglich.
2. Über die Anträge auf Ergänzung der Tagesordnung, die erst in der Mitgliederversammlung gestellt werden, beschließt die Mitgliederversammlung. Zur Annahme des Antrages ist eine Mehrheit von drei Viertel der abgegebenen gültigen Stimmen erforderlich.

§ 16 Ablauf und Beschlussfassung von Mitgliederversammlungen

1. Die Mitgliederversammlung wird von dem/der Vorsitzenden des Vorstandes, bei dessen/deren Verhinderung von seinem(r)/ihrem(r) Stellvertreter/in geleitet. Ist keines dieser Vorstandsmitglieder anwesend, so bestimmt die Versammlung den/die Leiter/in mit einfacher Mehrheit der anwesenden Mitglieder.
2. Die Mitgliederversammlung ist ohne Rücksicht auf die Anzahl der erschienenen Mitglieder beschlussfähig. Die Beschlüsse werden mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen gefasst, soweit sich aus dieser Satzung oder dem Gesetz nicht etwas anderes ergibt. Bei Stimmgleichheit gibt die Stimme des/der Versammlungsleiters/in den Ausschlag. Stimmenthaltungen gelten als nicht abgegebene Stimmen. Schriftliche und geheime Abstimmungen bzw. Wahlen erfolgen nur, wenn ein Drittel der anwesenden Mitglieder dies verlangt
3. Satzungsänderungen (einschließlich die Änderung des Satzungszwecks) können nur mit einer Mehrheit von Dreiviertel der anwesenden Mitglieder beschlossen werden.
4. Über die Beschlüsse der Mitgliederversammlung ist zu Beweis Zwecken ein Protokoll aufzunehmen, das vom jeweiligen Versammlungsleiter und dem Protokollführer zu unterzeichnen ist. Es soll folgende Feststellungen enthalten:
 - a) Ort und Zeit der Versammlung
 - b) der/die Versammlungsleiter/in
 - c) der/die Protokollführer/in
 - d) die Zahl der erschienenen Mitglieder
 - e) die Tagesordnung
 - f) die Beschlüsse mit den jeweiligen Abstimmungsergebnissen und die Art der Abstimmung
 - g) bei Satzungsänderungen ist die zu ändernde Bestimmung im Protokoll wörtlich anzugeben.
5. Die Art und Durchführung von Wahlen bestimmt der Versammlungsleiter.

§ 17 Stimmrecht und Wählbarkeit

1. Jedes Mitglied besitzt ein Stimmrecht. Das Stimmrecht kann auch durch Stellvertreter ausgeübt werden, sofern der Stellvertreter selbst Mitglied ist. Stellvertreter müssen schriftlich bevollmächtigt werden; die Stellvertretung ist dem Versammlungsleiter vor Beginn der Versammlung nachzuweisen.
2. Mitglieder, denen kein Stimmrecht zusteht, können an der Mitgliederversammlung als Gäste teilnehmen.
3. Gewählt werden können alle ordentlichen Mitglieder, die das 18. Lebensjahr vollendet haben.

§ 18 Außerordentliche Mitgliederversammlungen

Der Vorstand kann jederzeit eine außerordentliche Mitgliederversammlung einberufen. Diese muss einberufen werden, wenn es das Interesse des Vereins erfordert oder wenn die Einberufung von einem Zehntel aller Mitglieder schriftlich unter Angabe des Zwecks und der Gründe vom Vorstand verlangt wird. Für die außerordentliche Mitgliederversammlung gelten die §§ 14, 15, 16, 17 der Satzung. In besonders dringenden Fällen kann ausnahmsweise von den Fristen in § 14 Ziffer 1 abgewichen werden.

§ 19 Der künstlerische Beirat

1. Der Vorstand wird bei Entscheidungen in künstlerischen und programmlichen Angelegenheiten und bei sonstigen, den Zweck des Vereins betreffenden Fragen, durch den künstlerischen Beirat beraten und unterstützt. Der Vorstand kann durch Beschluss künstlerische und programmliche Entscheidungen auf den Beirat delegieren.
2. In den künstlerischen Beirat sollen ausschließlich Künstler oder sonstige im Bereich der Kunst erfahrene Personen gewählt werden. Die Mitglieder des Beirates müssen keine Mitglieder des Vereins sein.
3. Die Mitglieder des künstlerischen Beirates werden vom Vorstand für die Dauer von zwei Jahren gewählt. Die Zahl der Mitglieder des Beirates steht im Ermessen des Vorstands.
4. Der Beirat hat einen Sprecher zu wählen, der die Aktivitäten des Beirates koordiniert und Kontakt zu dem Vorstand hält. Der Vorstand ist berechtigt, an allen Sitzungen des Beirates teilzunehmen.
5. Der Beirat wird ehrenamtlich tätig.

§ 20 Kuratorium

1. Der Vorstand kann nach eigenem Ermessen ein Kuratorium einsetzen. Aufgabe des Kuratoriums ist es, den Verein, seine Belange und seinen satzungsmäßigen Zweck zu unterstützen und nach außen zu repräsentieren und den Vorstand bei der Verwirklichung der Ziele des Vereins zu beraten.
2. Die Mitglieder des Kuratoriums werden vom Vorstand für die Dauer von einem Jahr gewählt. Über die Zahl der Mitglieder des Kuratoriums entscheidet der Vorstand.
4. Die Mitglieder des Kuratoriums treffen sich auf Einladung des Vorstands mindestens einmal jährlich zu einer gemeinsamen Sitzung, um sich über die Tätigkeit und aktuelle Situation des Vereins zu informieren.

5. Die Mitglieder des Kuratoriums werden ehrenamtlich tätig.

§ 21 Auflösung des Vereins und Anfallsberechtigung

1. Die Auflösung des Vereins kann in einer ordentlichen oder außerordentlichen Mitgliederversammlung beschlossen werden. Zur Auflösung des Vereins ist eine Mehrheit von Dreivierteln der erschienen, stimmberechtigten Mitglieder des Vereins erforderlich.
2. Sofern die Mitgliederversammlung nichts anderes beschließt, sind der 1. Vorsitzende und der 2. Vorsitzende gemeinsam vertretungsberechtigte Liquidatoren.
3. Die vorstehende Vorschrift gilt entsprechend für den Fall, dass der Verein aus einem anderen Grund aufgelöst wird oder seine Rechtsfähigkeit verliert.
4. Bei Auflösung oder Aufhebung des Vereins oder bei Wegfall steuerbegünstigter Zwecke fällt das Vermögen des Vereins an eine gemeinnützige Einrichtung, welche das Vermögen des Vereins unmittelbar und ausschließlich für Zwecke im Sinne von § 2 dieser Satzung zu verwenden hat. Die Entscheidung über die begünstigte Einrichtung trifft die Mitgliederversammlung. Beschlüsse über die künftige Verwendung des Vermögens dürfen erst nach Einwilligung des zuständigen Finanzamtes ausgeführt werden.

§ 22 Inkrafttreten

Diese Satzung ist in der vorliegenden Form von der Mitgliederversammlung des Vereins am 16.02.2009 beschlossen worden.
